



Die Zukunft des öffentlichen Verkehrs beschäftigte den Landtag, nachdem der KPÖ-Vorstoß für eine Nahverkehrsabgabe bei allen mehr oder weniger Gehör fand.

BESSER WERDEN

Bus, Bahn, Bim!

der ÖVP kam Widerstand. VP-Landesrat Buchmann: „Wir müssen zuerst den Wirtschaftsstandort sichern und dürfen keine Nachteile für Betriebe schaffen. Neue Abgaben verunsichern Unternehmer, und die sind sehr flexibel in Europa.“ Diese Bedenken zerstreut Kaltenecker: „Wenn die Abgabe in den öffentlichen Verkehr

investiert wird, schafft das wiederum Aufträge für steirische Betriebe und neue Arbeitsplätze.“

Die KPÖ wird nun ein Auge darauf haben, dass die Abgabe von den Unternehmen und Handelskonzernen bezahlt und tatsächlich für den öffentlichen Verkehr verwendet wird.

NAGL-BIG: Kritische Stimmen ausgeschlossen

BIG: So heißt die offizielle „Bürgerinformation Graz“, die aus Steuergeldern bezahlt und an die Haushalte verteilt wird. Man sollte dieses Blatt umbenennen: in Nagl-BIG.

Denn es dient immer mehr der Selbstdarstellung des ÖVP-Bürgermeisters Siegfried N. als einer sachlichen Information.

Kritische Stimmen kommen nicht mehr zur Wort.

Ein besonders krasses Bei-

spiel: Ursprünglich sollten auch die Klubobleute von KPÖ, Grünen und FP ihre Haltung zum Budgetkurs der Stadt im BIG (Mai 2006) darlegen können. KPÖ-Klubobmann Schmalhardt hat seine Stellungnahme abgegeben. Erschienen ist sie nicht. Man findet in dieser Beilage nur mehr das Eigenlob des Bürgermeisters und seines SP-Finanzstadtrates Wolfgang Riedler.

Ob das der Sinn der Sache ist?

BALD KEIN GELD MEHR Wohnbauförderung vor dem Kollaps?

Dem Land droht das Geld für die Wohnbauförderung auszugehen. Die Konsequenz: Weniger Wohnbau, höhere Mieten.

Wenn nicht rasch gegen- gesteuert wird, droht der „Wohnbauförderung in der Steiermark der Kollaps. Das aktuelle Landesbudget trägt zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei“, warnt KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenecker.

Hintergrund der Bedenken ist die vor 13 Jahren erfolgte Umstellung der Finanzierung von Landesdarlehen für private Wohnbaukredite. Vor diesem Zeitpunkt erhielten Wohnungswerber direkte Darlehen vom Land, die auch ans Land zurückgezahlt wurden. Seit 1993 erhalten Häusl-

finanziert – letztere gehen nun allerdings an die Geldinstitute. Und im Budget 2006 zieht man unter dem Titel „Auflösung von Gebührrstellungen“ neuerlich Geld aus dem Wohnbauresort ab.

Alarmsignale

Ernest Kaltenecker: „Als Konsequenz aus dieser verfehlten Politik drohen für die Zukunft erhebliche Einschränkungen beim geförderten Wohnungsneubau und bei der Förderung von umfassenden Sanierungen. Werden keine erschwinglichen, geförderten Neubau-

Eine Verschärfung der Probleme droht im sozialen Wohnbau wenn das Land weitermacht wie bisher.



bauer hingegen öffentliche Zuschüsse für einen privaten Bankkredit. Dadurch ist das Land langfristige Verpflichtungen eingegangen, die nun zum Nachteil reichen.

Aktuell betragen die Verpflichtungen des Landes aus der Wohnbauförderung ca. 2,1 Milliarden Euro. Dazu kommen noch 1,8 Milliarden Euro, die wegen des Verkaufs von offenen Darlehen an die Banken gezahlt werden müssen.

Bisher wurde die Wohnbauförderung mit Bundesmitteln und Rückflüssen aus gewährten Darlehen

wohnungen mehr errichtet, folgt daraus unweigerlich eine Verschärfung der Lage auf dem Wohnungsmarkt, die letztendlich für alle zu höheren Mieten führen wird.“

Wie groß die Nachfrage nach Sozialwohnungen ist, erkennt man an der Tatsache, dass es in der Landeshauptstadt Graz mittlerweile mehr als 1.600 vorgemerkte Wohnungssuchende gibt. „Ein Großteil dieser Suchenden hat aus finanziellen Gründen auf dem sogenannten ‚freien Markt‘ keine Chance“, warnt Kaltenecker.